

Singapur: ein »konfuzianischer Kapitalismus«?¹

Singapur gilt geradezu als Paradebeispiel nachholender wirtschaftlicher Entwicklung. Der 262 qkm kleine Stadtstaat mit seinen zweieinhalb Millionen Einwohnern, erregt heute nicht nur durch seine ökonomischen Erfolge, sondern auch durch seine politische Kultur internationale Aufmerksamkeit, und zwar sowohl in den Medien als auch in der Wissenschaft.

Eine Reihe von Wissenschaftlern führt die Erfolge Singapurs und anderer ostasiatischer Länder auf deren kulturelle Tradition zurück. Sie sprechen vom »konfuzianischen Kapitalismus« (Tu Wei-ming) oder von der »konfuzianischen Kommandowirtschaft« (Gellner). Diese Konzepte stießen bei einigen ostasiatischen Politikern auf lebhaftes Interesse, allen voran bei Lee Kuan Yew (Ministerpräsident Singapurs von 1959 bis 1990), der gegenwärtig in wirkungsvoller Weise für ihre Verbreitung sorgt. Was an den wirtschaftlichen Erfolgen Ostasiens »konfuzianisch« ist bzw. sein soll, wird im folgenden am Beispiel Singapurs untersucht.

1. Die koloniale Vorgeschichte Singapurs

Sir Stamford Raffles, der im Auftrag der Britisch-Ostindischen Gesellschaft nach einer strategisch gut plazierten Handelsstation zwischen Indien und China gesucht hatte, unterschrieb 1819 mit dem malaiischen Herrscher einen Pachtvertrag über die Insel Singapur. Schon fünf Jahre später wurde die Insel von der Britisch-Ostindischen Gesellschaft vom Sultan von Johore gekauft. Singapur war zu jener Zeit so gut wie unbewohnt.

Singapur entwickelte sich aufgrund seines natürlichen Hafens und des malaiischen und indonesischen Hinterlandes in kurzer Zeit zum bedeutendsten Handelszentrum Südostasiens. Mit der Ausweitung des Kolonialhandels kamen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts immer mehr Chinesen ins Land. Mit der Nutzung des Gummibaums wurden von den Briten Ende des 19. Jahrhunderts Inder als Plantagenarbeiter nach Singapur geholt. So wuchs die Bevölkerung zwischen 1840 und 1900 von 35.000 auf 220.000 Menschen an. Die chinesischen und indischen Einwanderer waren vorwiegend männlichen Geschlechts und hatten zumindest anfänglich nicht die Absicht, sich auf Dauer in Singapur niederzulassen (Heidt 1993, 4).

1 Die Autorin dankt der Alexander von Humboldt Stiftung für die gewährte Unterstützung.

Bis zum Beginn des 2. Weltkriegs war Singapur für Großbritannien ein militärischer Stützpunkt und wichtiger Umschlaghafen für die weltweite Verschiffung der in Südostasien gewonnenen Rohstoffe. 1942 eroberten japanische Truppen die Insel. Während der japanischen Besatzungszeit (1942-45) hatte vor allem die chinesische Bevölkerung zu leiden. Als die Briten Singapur nach dem Ende des Kriegs wieder in Besitz nahmen, lag die Insel sozial und wirtschaftlich darnieder. Sie war von dem kriegsbedingten Zusammenbruch der internationalen Wirtschaft besonders stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Versorgung mit Lebensmitteln reichte nicht aus, es herrschten Hunger und Seuchen. Hinzu kamen andere ungewohnte Schwierigkeiten: die Briten sahen sich nämlich mit dem Widerstand der Bevölkerung konfrontiert, die im Laufe des gemeinsamen antijapanischen Befreiungskampfes politisch erwacht war. Zudem leisteten die Gewerkschaften entschiedenen Widerstand², wobei sie nicht allein um die Verbesserung der Löhne, sondern auch um die Unabhängigkeit Singapurs kämpften. Die von Großbritannien verfügte Trennung von Malaysia und Singapur (1946) gab der antikolonialistischen Agitation weiteren Auftrieb. Die gleiche Wirkung hatte der (gescheiterte) kommunistische Aufstand in Malaysia (1948), auch wenn der danach von der chinesisch dominierten Communist Party of Malaya (CPM) geführte Guerillakampf nicht auf Singapur übergriff, sowie der Sieg der Kommunisten in China (1949).

Die Briten sahen sich schließlich gezwungen, Singapur in die Unabhängigkeit zu entlassen. Dies sollte aber schrittweise geschehen. Zunächst wurde 1948 ein »Legislative Council« einberufen, dessen Mitglieder mehrheitlich von den Briten ernannt wurden. Lediglich 6 von 23 Mitgliedern wurden gewählt. Das Wahlrecht blieb aber auf jene 'British subjects' beschränkt, die fließend Englisch sprachen und mehr als 5 Jahre auf britischem Territorium gelebt hatten. So waren nur 76.000 Personen wahlberechtigt. Gut 14.000 Personen nahmen an der Wahl teil, davon waren die Hälfte Inder. Die überwiegende Mehrheit der Chinesen, und damit der größte Teil der Bevölkerung blieb der Wahl - freiwillig oder unfreiwillig - fern.

Der chinesische Bevölkerungsteil war aber keineswegs unpolitisch. Die Chinesische Handelskammer hatte Anfang der fünfziger Jahre Kampagnen zur Verteidigung der chinesischen gegen die englische Sprache und für die Gewährung eines singapurischen Staatsbürgerrechts geführt. Im Rahmen der antikolonialen Bewegung gewannen diese Motive mehr und mehr an Bedeutung. Als die Kolonialverwaltung 1954 die Registrierung aller Wähler anordnete und die allgemeinen Wahlen für eine »Legislative As-

2 1946 kam es bei 47 Arbeitskonflikten zu über 850 000 Streiktagen. In keinem anderen Jahr der Geschichte Singapurs hat es so große Arbeitsausfälle gegeben (Luther 1980: 64).

sembly« bekanntgab, wurden beide Fragen zu Wahlkampfthemen, wobei der Sprachenkonflikt bis heute ein wichtiges Moment im politischen Geschehen Singapurs geblieben ist. Mit der Konstituierung der »Legislative Assembly«, deren Mitglieder einen »Chief Minister« wählten, der zusammen mit dem britischen Gouverneur die Verantwortung für die Innenpolitik übernahm, tat Singapur seinen ersten Schritt zur Unabhängigkeit.

2. Die Genese des autoritären Staates (1955-1965)

Die Jahre zwischen 1955 und 1965, also von der ersten Etappe der Unabhängigkeit bis zur Trennung Singapurs von Malaysia, waren durch einen Prozeß gekennzeichnet, in dem ein relativ freiheitliches, parlamentarisches Regierungssystem dank einer zur Machtübernahme entschlossenen, machiavellistischen Elite in ein Einparteienregime verwandelt wurde. In dieser Zeit wurden die Grundlagen nicht nur der politischen sondern auch der wirtschaftlichen Entwicklung der Insel für die folgenden Jahrzehnte gelegt. Als 1955 die erste allgemeine Parlamentswahl stattfand, nahmen daran 6 Parteien teil. Die drei wichtigsten waren die rechtskonservative *Progressive Party* (PP), die liberale *Labour Front* (LF) und die *People's Action Party* (PAP). Die LF konnte die Wahlen gewinnen. Die LF-Regierung hielt zunächst an parlamentarischen Prinzipien fest und ließ auch die linken Gewerkschaften relativ frei agieren.³

Doch seit Mitte 1956 begann die LF-Regierung einen deutlich härteren Kurs zu steuern. Am 26. und 27. November 1956 wurden 460 Personen inhaftiert - unter ihnen die meisten Führer des linken Gewerkschaftsflügels der PAP. Dadurch gelang es der Regierung, die Zahl der Streiks drastisch zu reduzieren; zugleich verlor sie damit aber auch die Unterstützung der Bevölkerung, für die die Gewerkschaften die progressiven und antikolonialistischen Kräfte verkörperten. Infolgedessen nahm die Popularität der PAP bei der Bevölkerung enorm zu. Davon profitierte in erster Linie Lee Kuan Yew, der Führer des rechten Flügels, denn der linke Flügel hatte durch die Verhaftung ja gerade einen großen Teil seiner Führung verloren. Lee Kuan Yew und die um ihn versammelte, englisch erzogene Elite hatten frühzeitig erkannt, daß ohne Unterstützung der chinesischstämmigen Gewerkschafter in Singapur kein politischer Kampf zu gewinnen war.⁴ Folglich suchte Lee eine Koalition mit den Gewerkschaftsführern. Die 1954

3 Bellows (1970: 73) meint deshalb, daß die Zeit der LF-Regierung die Zeit der größten politischen Freiheit und Diskussion in der Geschichte Singapurs gewesen sei. Auch nach weiteren 25 Jahren hat die Aussage Bellows nichts von ihrer Gültigkeit verloren.

4 Lee war sich dessen klar bewußt: »Any man in Singapore who wants to carry the Chinese-speaking people with him cannot afford to be anti-communist ... The Chinese are very proud of China«. (Interview mit Lee Kuan Yew, Straits Times, 5.5.1955).

gegründete PAP, gab sich daher antikolonialistisch und revolutionär. Ein solches Programm erwies sich als höchst integrativ, denn es stützte sich gerade nicht auf ethnische Herkunft oder Klassenzugehörigkeit. So wurden Lee Kuan Yews, ausschließlich auf englisch gehaltenen Wahlreden in ein in der Volksrepublik China gebräuchliches »kommunistisches« Chinesisch übersetzt, und die Wahlversammlungen der PAP endeten mit dem Absingen von kommunistischen Kampfliedern (Luther 1980, 90).

Das Jahr 1957 war entscheidend für die weitere politische Entwicklung Singapurs, denn Lee Kuan Yew gelang es, seine Macht endgültig zu festigen. Einerseits überließ er den Briten bei den Unabhängigkeitsverhandlungen nicht nur die Bereiche Verteidigung und Außenpolitik, sondern auch die Geheimpolizei. Die Verfügung über die Anwendung des Ausnahmegesetzes blieb somit weiter in den Händen der Briten. Dieser Umstand sollte ihm beim späteren Kampf gegen die Gewerkschaften sehr nützlich sein. Andererseits setzte er über eine Satzungsreform eine ungleiche Mitgliedschaft in der PAP durch. Stimmrecht besitzen seither allein die Kadermitglieder. Zum Kader kann man nur »berufen« werden. Wer Kader ist, bleibt den einfachen Parteimitgliedern und der Öffentlichkeit verborgen. Lee hatte der PAP damit eine, wie er sie selbst nannte, »Vatikanstruktur« verpaßt: der Papst ernennt die Kardinäle und die Kardinäle wählen den Papst (Reddies 1994, 508). Anlaß zu dieser leninistischen Strukturierung der PAP gab ihm die 3. Parteikonferenz. Dort hatte die Linke zunächst die Hälfte der Sitze im Zentralkomitee erobert. Nur wenige Tage später wurden 5 der 6 linken ZK-Mitglieder verhaftet und damit die Macht des linken Flügels gebrochen. Die »Vatikanisierung« der Partei sollte solche Gefahren ein für alle Mal ausschließen.

Um den inneren Wandel der Partei zu verbergen, lieferte sich die Gruppe um Lee Kuan Yew weiterhin ideologische Schaukämpfe mit den Briten. Gleichzeitig pflegte Lee aber seine guten Kontakte zum britischen Gouverneur. Außerdem führte die PAP vor den Parlamentswahlen von 1959 einen, im doppelten Sinne des Wortes, linken Wahlkampf. Öffentlich forderte Lee Kuan Yew die Freilassung der inhaftierten PAP-Mitglieder, und sicherte sich dadurch die Unterstützung breiter Schichten der Bevölkerung. Gleichzeitig sorgte er aber kraft eines neuen Wahlgesetzes dafür, daß die Freigelassenen aus Termingründen nicht mehr selbst für die Wahl kandidieren konnten (Luther 1980, 117).

Bei den Wahlen 1959 gewann die PAP 54% der Stimmen und 43 der 51 Parlamentssitze. Lee Kuan Yew übernahm das Amt des Regierungschefs. Im selben Jahr wurde Singapur im Rahmen einer neuen Verfassung und mit den zuvor genannten Einschränkungen die innere Unabhängigkeit und Selbstregierung gewährt (Luther 1980, 128). Damit verlor die Ideologie

des Antikolonialismus an Einigungskraft und stand Lee Kuan Yew nicht mehr im gleichen Maße als einfache Legitimationsquelle zur Verfügung. Lee suchte daraufhin in der Modernisierung und im wirtschaftlichen Aufbau der Insel eine neue Legitimationsgrundlage. Er holte eine von Albert Winsemius geleitete UN *Industrial Survey Mission* nach Singapur. Winsemius empfahl, ausländische Investoren über steuerliche Vergünstigungen, die Bereitstellung von Infrastruktur und von qualifizierter, billiger Arbeitskraft anzulocken und ihre Fabriken in exportorientierten Freihandelszonen anzusiedeln. Ein möglicher Markt für die Industriegüter sollte Malaysia sein. Dabei erhielt der Staat eine entscheidende Rolle als Steuerungsinstanz. Dieses Konzept wurde zum offiziellen Entwicklungsprogramm; für seine Umsetzung wurde 1961 das Economic Development Board (EDB) gegründet (Pascha 1990, 106). Die Parolen waren nunmehr »politische Stabilität«, »effektive Verwaltung« und »Wachstum durch Industrialisierung«.

Zu dem angestrebten »guten« Investitionsklima gehörte auch die Disziplinierung der Arbeiterschaft. So wurde 1959 und 1960 insgesamt 106 Gewerkschaften, die eine Anhebung der Reallöhne gefordert hatten, die Zulassung entzogen. Gleichzeitig brachte die Regierung einige kostspielige, sozialpolitische Reformen (sozialer Wohnungsbau, Verbesserungen im Schul- und Gesundheitswesen) auf den Weg. Lee mag gehofft haben, damit die Bevölkerung und insbesondere die stark politisierte Arbeiterschaft besänftigen zu können. Er täuschte sich: Verrat und Repression von seiten ihres eigenen Parteiführers wurden nicht hingenommen und die Führung der PAP geriet in die schwerste Krise ihrer Geschichte. Aus Protest gegen die Gewerkschaftspolitik verließen 13 PAP-Abgeordnete 1961 die Partei und gründeten eine neue Linkspartei, *Barisan Sosialis*. 70% der Mitglieder der PAP wechselten in die neue Partei. Zudem eroberten die linken Gewerkschaften schließlich auch noch die Mehrheit im *Singapore Trade Union Congress* (STUC), dem größten Gewerkschaftsbund Singapurs. Der PAP-Führung um Lee Kuan Yew war damit die Basis entzogen. Daraufhin entschloß sich Lee kurzerhand, den STUC unter dem Vorwand, er sei »kommunistisch infiltriert«, aufzulösen. Seither ist die antikommunistische Propaganda wichtiger Bestandteil des ideologischen Repertoires des Regimes von Lee Kuan Yew und der PAP - unbeschadet dessen, daß es in Singapur in Wirklichkeit nie eine nennenswerte kommunistische Bewegung gegeben hat. Der Antikommunismus diente vielmehr stets als ein durch den *Internal Security Act* legitimiertes Instrument der Unterdrückung der Opposition - z.B. als Lee am 2. Februar 1963 unter dem Kodennamen »Operation Cold Store« weit mehr als 100 linke Oppositionelle verhaften ließ.

Mit den der PAP treuen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes wurde 1961 der gemäßigte *National Trade Union Congress* (NTUC) gegründet. Gleichzeitig suchte Lee Kuan Yew die Loyalität der Staatsbürokratie ihm gegenüber durch Gehaltserhöhungen und Privilegien zu festigen. Sein taktisch geschicktester Zug bestand jedoch darin, das Terrain der politischen Auseinandersetzung zu wechseln: Er rief die Bürger Singapurs zum Kampf um die uneingeschränkte Unabhängigkeit auf, und zwar auf dem Umweg über die Verschmelzung mit der Malaiischen Föderation. »Independence through Merger« hieß von nun an die Parole.⁵ Sowohl die Führung der PAP als auch die Briten sahen darin eine Chance, einen Sieg der *Barisan Sosialis* bei den nächsten Wahlen zu verhindern.

Beim Referendum am 1.9.1962 befürworteten 73% der Wähler die Vereinigung. Ein Jahr später war Singapur ein Teilstaat Malaysias. 5 Tage nach der Vereinigung fanden Parlamentswahlen statt. Trotz massiver Begünstigungen und Manipulationen, die sich am Rande der Legalität bewegten, erhielt die PAP nur 46,9% der Stimmen, damit jedoch 72,5% der Sitze. Nach den Wahlen führte Lee Kuan Yew die Säuberungsaktionen konsequent zu Ende. Sein Ziel war die Vernichtung jeder Art von organisierter Opposition in Singapur. So ging er nicht nur gegen die *Barisan Sosialis* und die linken Gewerkschaften, sondern auch die organisierte chinesische Studentenschaft der Nanyang Universität⁶ und gegen chinesische Geschäftsleute, die *Barisan Sosialis* unterstützt hatten, vor. Gegen Ende des Jahres 1965 befanden sich ungefähr 200 wichtige Mitglieder der *Barisan Sosialis* und etwa 100 weitere politische Aktivisten in den Gefängnissen Singapurs.

Obwohl Lee Kuan Yew die Bildung der Föderation betrieben hatte, war er keineswegs bereit, sich politisch unterzuordnen bzw. sich in die Staatshierarchie einzuordnen. So hatte er darauf bestanden, den Titel eines Premierministers zu behalten. Im Parlament in Kuala Lumpur brachte er die malaiischen Nationalisten so sehr gegen sich auf, daß sie ultimativ eine Loyalitätserklärung gegenüber der Zentralregierung forderten. Es kam zu einer emotional aufgeladenen Polarisierung zwischen Malaiern und Chinesen, im

5 Dazu mußte Lee zunächst überredet werden. Denn als der Premier von Malaysia, Tunku Abdul Rahman, im Mai 1961 die Idee einer politischen Vereinigung von Malaysia, Singapur, Sarawak, Sabah und Brunei in einen föderalen Staat vorschlug, war er noch unsicher. Aber das Argument von Tunku, »Ich will kein Kuba an meinen Füßen«, machte ihm die Gefahr der Regierungübernahme durch die Linken deutlich (Reddies 1994: 509).

6 Die Nanyang Universität war die einzige chinesische Hochschule Singapurs. Sie wurde 1956 durch Spenden chinesischer Geschäftsleute und eine Sammelaktion bei der Bevölkerung gegründet, und zwar mit dem Ziel, den Absolventen der chinesischen Mittelschulen in Malaysia und Singapur eine Universitätsausbildung in chinesischer Sprache zu ermöglichen und die chinesische Kultur zu pflegen.

September 1964 sogar zu Rassenunruhen. Am 8. August 1965 schloß das Parlament Singapur wegen Verweigerung dieser Loyalitätserklärung aus der Föderation Malaysia aus (Reddies 1994, 509-510). Singapur wurde zur unabhängigen Republik.

Aber es fehlte Singapur tatsächlich an fast allem, was einen Staat ausmacht. »Kein Staatsvolk; keine Staatsideologie; eine kleine, überbevölkerte Insel ohne natürliche Rohstoffe, hohe Arbeitslosigkeit und niedriger Lebensstandard der Mehrzahl der Bewohner, dazu umgeben von Nachbarstaaten, zu denen die politische Beziehung nicht gerade harmonisch waren« (Reddies 1994, 510). Die wenigen Positivfaktoren waren eine junge arbeitswillige Bevölkerung, ein Hafen zur Welt und eine gut ausgebaute Infrastruktur. Nur der Staat hatte eine politische Struktur, die Lee bereits nach seinen Vorstellungen geordnet hatte: eine Kaderpartei, loyale Gewerkschaften und eine effiziente Bürokratie. Diese wurden zur Basis seiner Macht und der politische Stabilität Singapurs. Der Weg war nun frei, um sich ganz auf das Modernisierungs- und Industrialisierungsprogramm zu konzentrieren, von dessen Erfolg sich das junge Regime eine zusätzliche Legitimierung seiner repressiven Politik versprach.

3. Nationwerdung durch Wirtschaftswachstum

Die zwei Jahrzehnte nach der Unabhängigkeit (1965-85) waren gekennzeichnet von hohen Wachstumsraten, von erfolgreich von oben betriebener *nation building* und von entsprechenden Legimitätsgewinnen der Regierung Lee Kuan Yews. Die Regierung hatte die exportgestützte Industrialisierungsstrategie, die von der von Winsemius geleiteten UN Industrial Survey Mission empfohlen worden war, auch nach 1965 beibehalten. Sie geizte nicht mit Investitionsanreizen für ausländische Unternehmer. 1968 wurden mit der Development Bank of Singapur und der Jurong Town Corporation zwei wichtige staatliche Einrichtungen zur Förderung ausländischer Industrieansiedlungen geschaffen, wobei letztere die Erstellung und Verwaltung der Industrieparks übernahm. Gleichzeitig versuchte die Regierung, die Löhne niedrig zu halten oder gar zu senken, um Singapur für ausländische Unternehmen noch attraktiver und profitabler zu machen. So erklärte der Arbeitsminister 1969 vor der American Employers Association: »Investors are a shrewd lot (and that's) why the new labour laws have been drastically revised to meet the needs of industry« (nach Luther 1980, 189). Diese Politik war ausgesprochen erfolgreich: Bereits im Jahre 1970 gab es ausländische Investitionen von über einer Milliarde Singapur-Dollar.

Andererseits versuchte die Regierung Lee Kuan Yews in dieser Phase, die Bevölkerung davon zu überzeugen, daß die Vision einer künftigen

»Schweiz Südostasiens« nur über die volle Mobilisierung der Leistungsfähigkeit und -bereitschaft aller Bürger zu erreichen sei. Zunächst sollte die Bevölkerung jedoch Israel nacheifern: ein zerbrechliches, permanent krisenbedrohtes, kleines und von großen Nachbarn umgebenes Land wird durch den vollen Einsatz jedes einzelnen zur Nation (Reddies 1994, 517). Dies sollte nicht nur die strenge Disziplinierung der Bevölkerung rechtfertigen, sondern auch eine neue nationale Identität der Singapurianer schaffen. Die einzigartige Heterogenität der Bevölkerungsstruktur Singapurs hätte ohnehin jeden Versuch, auf der Basis der einen oder der anderen Kulturtradition zu einem neuen Nationalgefühl zu kommen, scheitern lassen (Chan/Evers 1973, 315). Eine pragmatisch orientierte »Entwicklungs-ideologie« vermied solche Fallen und paßte gut zur kulturell neutralen, »ökonomischen« Grundeinstellung der Einwanderergesellschaft Singapurs. Da eine exportorientierte Industrialisierungsstrategie ohne Absatzmärkte nicht den gewünschten Erfolg bringen kann, war Singapur nach der Trennung von Malaysia auf neue Märkte angewiesen. Die Chance bot sich im amerikanischen Markt, der für ostasiatische Billigprodukte auch aus politischen Gründen offenstand (Reddies 1994, 511). Die Erfolgsbilanz Singapurs in dieser Zeit ist eindrucksvoll. Nach Japan verfügt der Stadtstaat über das höchste Pro-Kopf-Einkommen in Asien. Die folgenden Tabellen geben Aufschluß darüber, daß nicht nur die Wirtschaft insgesamt, sondern auch der Anteil der Industrieproduktion enorm gewachsen ist.

Das schnelle und anhaltende Wirtschaftswachstum sicherte der Regierung Lee Kuan Yew ein hohes Maß an Legitimation. Die PAP konnte bei allen Parlamentswahlen zwischen 1968 und 1980 sämtliche Sitze erobern. Lee nutzte diese Legitimation vor allem dazu, die Arbeiterschaft weiter zu disziplinieren und jede Art von politischem Widerstand zu beseitigen.⁷

Das Interesse der PAP und das von ihr vertretene Entwicklungsprogramm wurde immer mehr als »nationales Interesse« definiert, während die Opposition als »antinational« und Entwicklungshindernis verteufelt wurde. »Wachstum oder Chaos« lautete die rhetorische Alternative in dieser Phase. Dementsprechend wurde, als das Wirtschaftswachstum nachließ (1973/74 und 1984/85), den »antinationalen Kräften« und »äußeren Faktoren« die Schuld dafür zugeschrieben.

7 Bereits im Sommer 1968 verabschiedete das Parlament die »bisher kühnsten Arbeitsgesetze«: den Employment Act und den Industrial Relations (Amendment) Act. Diese beiden Gesetze schränkten wesentliche Rechte der Arbeiter und der Gewerkschaften noch weiter ein (z.B. Kürzungen von Überstundenzulagen und Urlaub; Beseitigung so gut wie aller Einspruchsrechte der Gewerkschaften). Die Deutsch-Asiatische Bank sprach dann auch von »traumhaften Bedingungen« (vgl. Luther 1980: 222-24).

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum nach Sektoren (in Prozent pro Jahr)

	1970-80	1980-90
Landwirtschaft, Fischerei	1,4	-6,6
Industrie	8,6	5,8
- Verarbeitende Industrie	9,7	7,0
Dienstleistungen	8,3	7,3
BIP	8,3	6,6
BSP pro Kopf	-	5,3

Quelle: Weltentwicklungsbericht 1993 (zitiert nach Reddies 1994: 515).

Tabelle 2: Anteil der Wirtschaftssektoren am BIP (in Prozent)

	1960	1970	1980	1989
Industrieproduktion	13	20	29	30
Handel	33	30	24	17
Transport, Kommunikation	-	11	15	13
Finanzen, Banken, kommerzielle Dienstleistungen	11	14	17	30
Bauwirtschaft	-	7	7	5

Quellen: EIU Country Profile 1990/91, 1993; Ministry of Information and the Arts/Publicity Division, Singapur 1993 (zitiert nach Reddies 1994, 513).

Wirtschaftliche Erfolge und eine umfassende Repression ließen nur wenig offenen Widerstand gegen die Herrschaft Lee Kuan Yews und der PAP aufkommen. Einer dieser wenigen Konflikte war der zwischen kritischen Medien und der Regierung im Frühjahr 1971. Er endete mit dem Verbot von zwei Zeitungen (*Eastern Sun*, *Singapore Herald*) und der Verhaftung der Redakteure der chinesischen Zeitung *Nanyang Siang Pau*.

Durch diesen Konflikt nahm das Ansehen der Regierung Lees spürbaren Schaden. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung mit der *Nanyang Siang Pau* stand die Bewahrung der chinesischen Kultur, die Kritik an der westlichen Haltung Lee Kuan Yews und besonders die wachsende soziale Ungleichheit. Lee Kuan Yew war damals noch überzeugt, daß Englisch in Verbindung mit einer modernen Erziehung nicht nur Vorteile im Welthandel bringen, sondern langfristig alle ethnischen Schranken niederreißen würde, und daß sich Singapur nur auf diese Weise zu einer Nation entwickeln könnte (Dauth 1981, 24). Gerade dagegen richtete sich die Kampagne des Redakteurs der *Nanyang Siang Pau* zur »Verteidigung des chinesischen Kulturerbes«. Die anglophilen Politiker der PAP wurden als »Fridays« (nach Defoes *Robinson Crusoe*) der Engländer, die alle Chinesen ebenfalls in »Fridays« ummodelln wollten, bezeichnet (Luther 1980, 251). Die Regierung reagierte empört, bezeichnete die Redakteure als »chinesische Chauvinisten«⁸ und »kommunistische Anführer« und ließ sie ver-

8 Den »chinesischen Chauvinismus« charakterisierte ein singapurianischer Professor fol-

haften. Um diesen Chauvinismus gründlich zu beseitigen, ließ Lee später auch noch die chinesische Nanyang Universität auflösen und in die englischsprachige Singapur Universität integrieren (Dauth 1981, 24-25).

Es war aber nicht allein die rohe Staatsgewalt, die in dieser Phase kaum Widerstand entstehen ließ. Es war auch der Schock, den die repressive Politik der Übergangsperiode (1955-65) im Bewußtsein der Bevölkerung hinterlassen hatte. Dieser hatte zur Desillusionierung und Entpolitisierung geführt. Die gleichzeitig durch den Staat betriebene wirtschaftliche Mobilisierung bildete den Grundstein der politischen Kultur dieser Periode - zumal das politische Wohlverhalten mit Verbesserungen des Lebensstandards belohnt wurde.

In der Sozialpolitik wurden beachtliche Fortschritte erzielt: Der soziale Wohnungsbau, das Gesundheits- und Schulwesen sowie die städtische und industrielle Infrastruktur wurden mit Nachdruck ausgebaut. Auch ein System der Alterssicherung wurde mit dem Central Provident Fund (CPF) eingeführt (Reddies 1994, 517). Die Sozialpolitik steigerte per se die Legitimität des Regimes. Ihre Fortschritte wurden z.T. spektakulär inszeniert. Zudem entstanden auf diese Weise viele neue Arbeitsplätze, die ebenfalls zur Entschärfung des sozialen Klimas beitrugen.

Der staatlich verordneten Sozialpolitik entsprach auch die neue Rolle der Gewerkschaften. Nachdem sie die meisten ihrer Rechte, einschließlich der Tarifautonomie⁹, verloren hatten, wurden sie mit der Wohlfahrtspflege und der Organisation von Konsumgenossenschaften betraut. Der größte Gewerkschaftsbund NTUC betreibt mittlerweile eigene Supermärkte, Versicherungsgesellschaften, ein großes Taxiunternehmen u.a.m. Außerdem übernahmen die Gewerkschaften zunehmend Pazifizierungs- und Kontrollfunktionen.

Auf ähnliche Weise unterwarf oder verbot die Regierung aus früheren Zeiten bestehende basisdemokratische Organisationen - oder rief gleich selbst neue Basisorganisationen nach dem Blockwartmodell ins Leben (Luther 1980, 260). Das Ziel Lee Kuan Yews war dabei stets das gleiche, nämlich seine politische Basis und seine Kontrolle über die Bevölkerung zu stärken. Daneben dienten diese Organisationen dazu, unter der Obhut der PAP lokale Eliten zu kooptieren. Über diese zentral kontrollierten und gesteuerten Basisorganisationen ließen sich die seit 1968 systematisch betriebenen Massenkampagnen wesentlich leichter organisieren. Dazu gehörten in den frühen Jahren u.a. die »eat-more-wheat«, die »Queu-up«, die »Anti-Moskito«, die »Keep-Singapore-Clean«, die »Green«- und die

gendermaßen: »Der traditionelle Chinese kennt seine Familie, aber nicht den Staat. Er ist bereit, für seine Familie zu arbeiten, nicht jedoch der Nation zu dienen«. (Dauth 1981: 24)

9 Das 1972 gegründete *National Wages Council* übernahm diese Rolle.

»Nicht-Spucken«-Kampagne. Später kamen die »Höflichkeits-«, die »Produktivitäts-«, die »Totale Verteidigungskampagne« u.a.m. hinzu. Lee versuchte damit, der Bevölkerung immer wieder die Präsenz und die Bedeutung des Staates bzw. seiner eigenen Herrschaft als Motor der Entwicklung in Erinnerung zu bringen und sie zu sozialen Verhaltensweisen nach seinen Vorstellungen zu erziehen. Aus den heterogenen Inselbewohnern sollten perfekte Singapur-Menschen gemacht werden. In dieser Hinsicht ähnelte Lee Kuan Yew gewiß Mao Zedong, der sich - vergebens - um die Schaffung eines »neuen Menschen« bemüht hatte (Lee 1995).

Es ist nicht zu bezweifeln, daß es Lee Kuan Yew in den beiden Jahrzehnten nach der 1965 gewährten vollen Unabhängigkeit gelang, Singapur in eine politisch stabile Leistungsgesellschaft zu verwandeln. Für diesen Prozeß waren umfangreiche ausländische Direktinvestitionen und hohe Wachstumsraten unentbehrlich. Die extreme Leistungsphilosophie, für die allein der persönliche Einsatz, nicht aber die Rassenzugehörigkeit zählte, wirkte in diesem heterogenen Vielvölkerstaat intergrationsfördernd. Es entstand ein Nationalbewußtsein der Singapurianer, in dessen Mittelpunkt die aus eigener Kraft vollbrachten Leistungen stehen (Rieger 1988, 49).

4. Die Entdeckung des Konfuzianismus

In der Zeit von 1965 bis 1982 verfügte die Herrschaft Lee Kuan Yews über ein hohes Maß an Legitimität. Er kam mit - im Vergleich zur vorherigen und zur folgenden Phase - geringer offener Unterdrückung aus (Haubold 1988). Wohl deshalb verkannte oder ignorierte man den autoritären Charakter seines Regimes. In den achtziger Jahren avancierte Singapur bei vielen Experten und einer ganzen Reihe einschlägiger Institutionen wie etwa der Weltbank zum Paradebeispiel erfolgreicher Entwicklung. In diesem Zusammenhang wurde von Wissenschaftlern wie Kahn, MacFarquhar, Berger, Tu Wei-ming u.a. ein neuer Ansatz entwickelt, der die wirtschaftlichen Erfolge Singapurs und der anderen ostasiatischen Länder auf ihre (vermeintlich) konfuzianische Kultur zurückführte. Dieser Ansatz wurde als »konfuzianische Kapitalismusthese« bzw. »neue Konfuzianismusthese« bekannt.

Mit dieser These wurde Max Webers Konfuzianismusthese auf den Kopf gestellt, die besagte, daß der Konfuzianismus als geistige, gesinnungsmäßige Grundlage Chinas dort die Entstehung des Kapitalismus verhindert habe. Allerdings wurde der Widerspruch zwischen der alten und der neuen Konfuzianismusthese lange Zeit ignoriert. Lediglich Berger setzte sich damit vor einigen Jahren auseinander und versuchte, den Widerspruch aufzulösen: Der gegenwärtige unterscheidet sich vom alten Konfuzianismus

insofern, als der alte Konfuzianismus derjenige der Mandarine und gebildeten Beamten gewesen sei. Der gegenwärtige Konfuzianismus sei jedoch ein volkstümlicher bzw. bürgerlicher Konfuzianismus, und dieser Konfuzianismus sei der kapitalistischen Entwicklung förderlich (Berger 1987, 163). Deshalb habe Weber ebenso recht wie die Vertreter der neuen Konfuzianismusthese. Zu den Werten des volkstümlichen Konfuzianismus zählte Berger die positive Diesseitigkeit, die Gesetzestreue, das aktive Streben nach Wohlwollen, der Respekt vor der Autorität, die Betonung der Frugalität und das Bemühen um ein stabiles Familienleben. Solche Wertvorstellungen hätten zu der Arbeitsethik, der Grundhaltung des gesamten ostasiatischen Gemeinwesen und damit schließlich zum wirtschaftlichen Erfolg dieser Region beigetragen.

Auch wenn die anderen Vertreter dieser These sich darin einig sind, daß Disziplin, Gehorsam, Arbeits- und Bildungseifer sowie Kollektivismus durch die konfuzianische Kultur geprägt sind, erhalten wir von diesen Autoren auf die Frage, inwiefern diese angeblich konfuzianischen Werte dem Wachstum förderlich gewesen sein sollen, und wie man die zuvor erwähnten, heftigen Arbeitskonflikte mit der Konfuzianismusthese in Einklang bringen soll, keine befriedigende Antwort. Stattdessen stoßen wir auf Behauptungen, die der Realität dieser Länder überhaupt nicht gerecht werden, hingegen den Wünschen der sie regierenden autoritären Politiker ziemlich genau entsprechen. Für MacFarquhar (1980, 71) liefert der Konfuzianismus die philosophische Rechtfertigung für die Herrschaft einer mildtätigen und wohlwollenden Bürokratie unter einem tugendhaften Herrscher. Die Mildtätigkeit des Herrschers werde durch den Gehorsam der Untertanen erwidert. Dabei fördere die kindliche Ehrfurcht, die den Kern des traditionellen Konfuzianismus bilde, ein Verhalten disziplinierter Unterordnung und die Akzeptanz von Autorität. Beides lasse sich auf die Fabrik und den Staat übertragen. Aus der Güte des Herrschers und dem Gehorsam der Untertanen entstehe eine genuine Harmonie, die sich wiederum auf soziale Disziplin, Solidarität und Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit segenreich auswirke. Im Gegensatz zum Individualismus des Westens stehe im Osten das Individuum hinter dem Kollektiv des Staates oder auch der Firma zurück. Solche Äußerungen wurden von den »mildtätigen« Herrschern Ostasiens mit Entzücken als Bestätigung ihrer Herrschaft aufgenommen und gegenüber ihren Bürgern und der internationalen Öffentlichkeit propagandistisch genutzt.

Auf der anderen Seite stehen hinter der neuen Konfuzianismusthese, die die Sehnsucht nach sozialer Harmonie und Unterordnung als kulturgeschichtliche Tradition Ostasiens hinstellt, aber auch die Sorgen konservativer Kreise im Westen. Sie meinen, daß die Übernahme von Risiken und

Versorgungsleistungen durch den Staat im Westen zu einem Rückgang an individuellem Engagement und zu einem Nachlassen an sozialer Verantwortlichkeit geführt habe. Der zunehmende Individualismus bzw. Hedonismus sei für den ökonomischen Niedergang des Westens verantwortlich. Zudem sehen sie im wirtschaftlichen Aufstieg eine Gefahr für die westliche Hegemonie (Lee 1995b, 857). Sie heben den Gemeinsinn, die Unterordnung und die Disziplin der Ostasiaten hervor - eben weil sie in ihren Ländern verlorene Ordnungen wiederherstellen wollen.

Daß die moderne Konfuzianismusthese in erster Linie ein Reflex auf westliche Problemlagen ist, erkennt man auch daran, daß sie auf einer äußerst fragwürdigen und eklektischen Interpretation des konfuzianischen Gedankenguts beruht und die beträchtlichen historischen und gegenwärtigen Unterschiede zwischen den ostasiatischen Ländern einfach übergeht. Damit steht sie in einer langen Tradition der Klischeebildung über Ostasien. Das neue daran ist, daß diese über Medien und Wissenschaft verbreiteten Klischees nunmehr in einigen Ländern Ostasiens gegen die eigenen Bürger gewendet werden.

Dies gilt insbesondere für Lee Kuan Yew. Er fand im »Konfuzianismus« eine neue Quelle der Legitimation seiner Herrschaft, die seit Anfang achtziger Jahre durch die gesellschaftlichen und politischen Veränderungen im Stadtstaat und durch internationalen Druck, insbesondere in Menschenrechtsfragen, beständig ausgehöhlt wurde. Lee beharrte im Gegensatz zu den autoritären Regimen in Südkorea und Taiwan, die sich schließlich der Demokratisierungsbewegung der achtziger Jahre beugen mußten, auf seinem autoritären Herrschaftsmodell, obwohl auch in Singapur das politische Bewußtsein der Bevölkerung längst in eine neue Phase getreten war.

Im Jahre 1981 wurde das De-facto-Einparteienregime Lee Kuan Yews nach 13 Jahren zum ersten Mal wieder mit einer Opposition im Parlament konfrontiert, als nämlich der Rechtsanwalt J. B. Jeyaretnam bei einer Nachwahl in das Parlament gewählt wurde. Ein einziger Oppositionsabgeordneter konnte im Prinzip keine Gefahr für Lee bedeuten, doch erwies sich Jeyaretnam als ein äußerst aktiver und versierter Oppositionspolitiker, der den autoritären Charakter des Regimes durchschaute und ständig bloßlegte. So entwickelte er sich, sehr zum Ärger von Lee, schnell zum Liebling der Medien und der Öffentlichkeit. Auch die Rezessionen von 1982 und 1984, die die Krisenanfälligkeit der kleinen exportorientierten Volkswirtschaft deutlich machten, schwächten das Ansehen des Regimes. Lee wollte als Antwort auf die Rezessionen die ohnehin starke Rolle des Staates in der Wirtschaft noch weiter erhöhen (Pascha 1990, 107), eine Position, die jedoch zunehmend auf Skepsis zu stoßen begann.

Tabelle 3: Wahlergebnisse (1963-91)

Wahljahr	PAP-Stimmen (in %)	PAP-Sitze	Oppositionssitze
1963	46,4	37	13
1968	84,4	58	-
1972	69,0	65	-
1976	72,4	69	-
1980	75,5	75	-
1984	62,9	77	2
1988	61,7	80	1
1991	59,3	77	4

Quelle: Ministry of Information and the Arts/Publicity Division, Singapur 1993.

So kam es, daß bei den Parlamentswahlen 1984 mehr als ein Drittel der Bevölkerung der Opposition ihre Stimme gab (s. Tabelle 3). Statt die Veränderungen anzuerkennen, empörte sich Lee Kuan Yew über seine »unreifen« und »undankbaren Untertanen« und bezweifelte zudem öffentlich die Berechtigung und Nützlichkeit des »one man - one vote«-Wahlsystems (Leifer 1990, 28).

Zu den Veränderungen im Wählerverhalten seit 1980 gehört die wachsende Zahl der jungen, meist gut ausgebildeten, informierten und daher eher kritischen Wähler.¹⁰ Anders als die ältere Generation zeigt diese Gruppe der herrschenden PAP gegenüber wenig Respekt (Malik 1987, 15). Die Opposition sah in dieser Wählergruppe ihre historische Chance, während sich Lee Kuan Yew im gleichen Maße um sein Werk Sorgen machen mußte. Mit Warnungen an die Jugend wie »Gesellschaften wie unsere haben kein überflüssiges Fett« oder »sie bleiben entweder gesund oder sie gehen unter« (Scharlau 1984), wandte er sich schließlich der Rettung seines Vermächnisses zu und versuchte erneut, sich mittels Repression und Indoktrinierung gegenüber der Gesellschaft durchzusetzen.

Lee, der die politische Arena einst selbst als Anhänger demokratischer Ideale betreten hatte¹¹, versuchte immer mehr, die Insel Singapur wie eine Fabrik zu verwalten. Aber wo es keine Meinungsfreiheit gibt, kann es auch keinen Wettbewerb der Ideen geben. Ohne Kritik und Gegenkritik wird das nächste Ziel Lee Kuan Yews, Singapur in eine moderne Informationsgesellschaft und ein Zentrum für Hochtechnologie zu verwandeln, kaum zu erreichen sein. Lee war damit in einen Zielkonflikt geraten: einerseits sollte das politische Herrschaftssystem der PAP erhalten bleiben, andererseits mußte die kritischer werdende Bevölkerung für die neuen Ziele

10 78% der Bevölkerung waren 1985 unter 45 Jahre alt (Quah 1985: 227).

11 Im *Far Eastern Economic Review* vom 2.6.1988 findet sich eine Parlamentsrede, die Lee Kuan Yew 1955 gehalten hatte. Darin griff er die Politik der LF-Regierung wegen der von ihr verabschiedeten *Public Security Bill* scharf an. Bei letzterer handelte es sich eine mildere Version des *Internal Security Act*, auf den er jetzt selbst gerne zurückgriff.

mobilisiert werden. Die Konfuzianismusthese bot hier einen Ausweg aus dem Dilemma an und eine Chance, das Regime neuerlich zu legitimieren. Lee Kuan Yew griff die akademische Debatte über Konfuzianismus und Kapitalismus auf und begann mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln, die Bevölkerung mit angeblich konfuzianischen Werten, die er als kulturelles Erbe der Chinesen in Singapur plötzlich entdeckt hatte, zu indoktrinieren. Leider gab es keinen einzigen einheimischen Experten, der mit der konfuzianischen Ethik vertraut war. Dies war kein Wunder, denn es fehlte bis dahin jegliche konfuzianische Orientierung im gesellschaftlichen Alltag Singapurs. Deshalb mußten 1982 ausländische konfuzianische Gelehrte, u.a. aus den USA, eingeladen (bzw. importiert) werden. Mit ihrer Hilfe wurde ein Lehrplan für den Konfuzianismusunterricht an den Schulen entwickelt und 1983 ein Institut für ostasiatische Philosophie gegründet (Chua 1992, 260). Zudem wurde eine Massenkampagne für »ein moralisches System der chinesischen Bevölkerung Singapurs« eingeleitet und die »speek-mandarin«-Kampagne begonnen (Balakrishnan 1991, 19).

Ein wichtiges Ziel der Konfuzianisierung war, der Bevölkerung Singapurs und besonders der zunehmend verwestlichten und »entfremdeten« Jugend, möglichst rasch die »traditionellen Werte« des Ostens einzupflanzen. Selbstverständlich handelte es sich dabei um von der Regierung selektierte Normen wie Disziplin, Gehorsam, Fleiß, Gemeinschaftssinn. Der eigentliche Kern der konfuzianischen Lehre, der im eindeutigen Gegensatz zum Herrschaftsanspruch Lee Kuan Yews steht, wurde ebenso selbstverständlich unterschlagen. Dieser Kern besteht darin, daß man im Bewußtsein der eigenen Würde und seiner inneren moralischen Kraft aus sich selbst heraus auf den *tao*, d.h. den rechten Weg, verpflichtet ist, selbst dann wenn sich ihm Respektpersonen entgegenstellen (vgl. Lun-yü 11.23, 15,36).

Der Import des Konfuzianismus zielte jedoch nicht nur auf die Disziplinierung der eigenen Bevölkerung, er diente auch der Abwehr der westlichen Kritik an der autoritären Politik und an den Menschenrechtsverletzungen. Deshalb betonen die Vertreter des Regimes die »fundamentalen Unterschiede« zwischen dem Osten und dem Westen. Der spätere Premierminister Goh Chok Tong äußerte sich unter Berufung auf Lodge und Vogel, zwei renommierten amerikanischen Asienexperten, folgendermaßen: die im Westen vorherrschenden Wertvorstellungen seien »zuerst ich, dann die Gesellschaft«, der Hang zur Promiskuität und die freie Liebe, während im Osten im Gegenteil gelte »zuerst die Gesellschaft, dann ich« (Pan 1989, 30). Zum anderen weisen sie die Kritik aus dem Westen, vor allem aus den USA, mit dem Argument zurück, daß die dortige Gesellschaft aufgrund ihrer Wertvorstellungen unregierbar geworden sei. Diesen Weg wolle man nicht einschlagen. Deshalb sollten ihnen »die Amerikaner« ihre Lebensart

nicht aufdrängen (Lee 1994, 7).

Die Tatsache, daß Lee Kuan Yew noch 1980 den »chinesischen Chauvinismus« - damit meinte er die Familienorientierung der Chinesen, die außer der eigenen Familie weder den Staat noch die Gesellschaft kennen würden - bekämpft hatte, war schon in Vergessenheit geraten, und zwar sowohl in Singapur wie auch in so gut wie allen ausländischen Medien. Das Gleiche galt für die oben erwähnte Verfolgung chinesischer Intellektueller und die Schließung der Nanyang Universität.

Die *core values* des Konfuzianismus wurden zur »nationalen Ideologie« erklärt. Die Geschichte der Chinesen in Singapur und die Herrschaft Lee Kuan Yews wurde in Übereinstimmung mit den konfuzianischen Herrschaftsidealen reinterpretiert. Die Verbesserungen im Lebensstandard der Bevölkerung stellten die Leistung der paternalistisch-konfuzianischen Herrschaft Lees unter Beweis. Die autoritäre Politik legitimierte sich durch seine kompromißlose Entschlossenheit, auch unpopuläre Entscheidungen zu treffen, wenn es um das Wohlergehen des Staates ging. Lee Kuan Yew wurde zum »modernen Konfuzius« (*Straits Times*, 24.4.1990, zit. nach Chua 1992: 263). Zugleich wurde den kritischen Intellektuellen die Legitimität ihrer Rolle als Regimekritiker aberkannt; der Anspruch auf das Recht zur Kritik entspringe einer fremden Tradition, der des Westens, und sei, wie übrigens auch Deng Xiaoping meinte, Folge »geistiger Verschmutzung«. Daß aber gerade Konfuzius den loyalen Untertanen die Kritik des ungerechten Herrschers als Pflicht auferlegt hatte, wurde unterschlagen. Z.B. fand die Demokratiebewegung in Südkorea - Korea ist unter den asiatischen Staaten am stärksten vom Konfuzianismus geprägt - ihre Legitimation gerade in dieser Tradition der kritischen Intellektuellen (Lee 1995a).

Offensichtlich kam die Konfuzianismusthese Lee und seinen Anhängern sehr gelegen. Sie erlaubte ihm, sich als 'wohlwollender und tugendhafter Herrscher' zu legitimieren. Aber nicht nur das: Die westlichen wie östlichen Vertreter der Konfuzianismusthese weigern sich die Existenz der Demokratiebewegungen und die Entwicklung bürgerlicher Gesellschaften in Ostasien wahrzunehmen und in ihre Überlegungen einzubeziehen. Statt dessen konstruieren sie mit dem bloßen Hinweis auf die dortigen, vermeintlich konfuzianischen Herrschaftsverhältnisse eine die Weltordnung prägende Dichotomie, in der sich das konfuzianisch-autoritäre Wirtschaftssystem in Ostasien und die westliche Zivilisation gegenüberstehen (Huntington 1993; Gellner 1994). Die unmittelbare Wirkung dieser Art der Konstruktion von Wahrnehmung und Wirklichkeit war eine Stärkung des Selbstbewußtseins der autoritären Politiker in Asien. Dessen Folgen wurden während der Menschenrechtskonferenz in Wien 1994 sichtbar, als nämlich Singapur, China, Malaysia und Indonesien eine asiatische Allianz

bildeten und sich Lee Kuan Yew wirkungsvoll als Wortführer der autoritären Staaten Asiens auf der internationalen Bühne in Szene setzen konnte.¹²

Je lauter die Stimme Lee Kuan Yews auf dieser Bühne zu hören war, um so unantastbarer wurde seine Position in Singapur selbst. Darunter hatte und hat auch die Demokratiebewegung in Singapur zu leiden. Unter den vier ostasiatischen NICs ist Singapur das einzige Land, in dem die Demokratisierung noch nicht im Gang gekommen ist. Selbstredend halten auch die seit 1990 in seinem Schatten regierenden Nachfolger Lee Kuan Yews (er hat das in Verfassung nicht vorgesehene Amt des »Senior Minister« inne) an der konfuzianischen Ideologie fest.

Die negativen Seiten der Konfuzianisierung Singapurs sind allerdings nicht zu übersehen. Hatte die Leistungsideologie der 70er Jahre noch eine integrierende Funktion ausgeübt, so begab sich Lee Kuan Yew mit der Durchsetzung seines, sich auf den Konfuzianismus berufenden, absolutistischen Herrschaftsanspruchs in Gefahr, die Vielvölkergesellschaft Singapurs zu sprengen. Hinzu kam, daß sich immer mehr gut ausgebildete Bürger, über »die lähmende geistige Sterilität« beklagten und das Land zu verlassen begannen. Deshalb appellierte Lee Kuan Yew in seiner letzten Rede als Premierminister an die Bevölkerung, auf der Insel zu bleiben, denn das Vaterland sei in Gefahr (MacDonald 1990, 25). In den Worten des früheren Präsidenten Devan Nair kommt diese, auch vorher von der PAP diagnostizierte Gefahr, aber nicht von außen, sondern »von der eigenen politischen Dummheit im Inneren«, von dem »erschreckenden politischen Stil des Lee Kuan Yew« (Haubold 1988).

5. Die Problematik der konfuzianischen Kapitalismusthese

Ohne Zweifel hat sich der materielle Wohlstand der Bevölkerung Singapurs dank der erfolgreichen Industrialisierung der letzten dreißig Jahre beträchtlich vergrößert. Dafür wird Lee Kuan Yew trotz seiner jahrzehntelangen autoritären Herrschaft respektiert (Luther 1980, 224). Der wirtschaftliche Erfolg ist verschiedenen Faktoren zuzuschreiben. Dazu gehören die effiziente Bürokratie Singapurs, Lees aktive und pragmatische Wirtschaftspolitik, die leistungs- und arbeitswillige Bevölkerung, die gutausgebauete Infrastruktur und nicht zuletzt die politische Stabilität, die die Inselrepublik seit 1965 auszeichnete. Auf dieser Basis konnte sich die Wirtschaft Singapurs rasch entwickeln.

Es ist jedoch falsch, diese Rahmenbedingungen mit Hilfe eines ausufernden

12 In seiner Erwiderung auf ein in *Foreign Affairs* veröffentlichtes Interview mit Lee Kuan Yew gibt der koreanische Oppositionspolitiker Kim Dae Jung eine klare Antwort: Konfuzianismus und Demokratie gehören in der heutigen Zeit zusammen. Da gibt es keinerlei Widerspruch! (Kim 1994; Zakaria 1994).

den Kulturbegriffes als kulturell, und zwar konfuzianisch determiniert auszugeben. Die Realität belehrt uns eines Besseren: Die effiziente Bürokratie war noch von der britischen Kolonialverwaltung aufgebaut worden und wurde dann von Lee Kuan Yew geschickt als Machtbasis instrumentalisiert. Die Arbeiterschaft Singapurs hatte bewiesen, daß sie gegen den britischen Kolonialismus und die eigene Regierung um ihre Rechte und höhere Löhne kämpfen konnte. Sie wurde dann durch brutale Unterdrückung, durch massive Verfolgung von Gewerkschaftern, durch Manipulationen und der Gründung regimiefreundlicher Gewerkschaften unter die Kontrolle der PAP-Regierung gebracht. Die disziplinierte und gefügsame Arbeiterschaft Ostasiens ist ein Mythos, der sich vor allem in der Vorstellungswelt des Westens festgesetzt hat.

Die Tatsache, daß die Bevölkerung Singapurs die autoritäre Herrschaft Lee Kuan Yews und der PAP relativ lange unterstützt hat, ist teils der Entpolitisierung der Bevölkerung durch die repressive Politik vor 1965 und teils der erfolgreichen Wirtschaftspolitik der Regierung zu verdanken. Die eingeschränkte Freiheit wurde zunächst durch die substantiellen Verbesserungen des Lebensstandards kompensiert. Darüber hinaus war der Herrschaftsstil Lee Kuan Yews aber durch extremen Pragmatismus und Opportunismus geprägt. Je nach Bedarf verwandelte er sich chamäleonartig vom Westminster-Parlamentarier zum antiparlamentarischen Konfuzianer, vom Sozialisten zum Antikommunisten. Ideologien waren ihm immer nur Instrumente der Politik. Sein ganzes Streben galt der Macht und dem Machterhalt. Wenn es um sein politisches Überleben ging, zeigte er keinerlei Skrupel.

Spätestens seit 1984 hätte die Inselrepublik einer politischen Wende bedurft. Doch statt einer Demokratisierung leitete Lee eine Konfuzianisierung Singapurs ein. Selbst wenn ein absolutistisch interpretierter Konfuzianismus einen stabilen staatlichen Rahmen abgeben könnte, konnte und kann er dies im Fall Singapurs sicherlich nicht leisten, da er als Teil des chinesischen Kulturerbes notwendigerweise die friedliche Koexistenz der verschiedenen ethnischen Gruppen Singapurs unterminiert. Damit hat Lee Kuan Yew seinen Nachfolgern ein schwieriges Erbe hinterlassen. Solange der Konfuzianismus als nationale Ideologie zur Legitimierung der PAP-Herrschaft instrumentalisiert wird, bleibt die Gefahr von Rassenkonflikten bestehen.

Das Aufkommen der konfuzianischen Kapitalismusthese im Westen ermutigt die Regierung Singapurs jedoch, weiterhin die konfuzianischen bzw. asiatischen Werte als Lebensgrundlage der Bevölkerung zu propagieren und sich international als Vorkämpferin dieser Werte hinzustellen, so wie dies neben Lee Kuan Yew auch Kishore Mahbubani, Staatssekretär im

Außenministerium, verstärkt tut (Mahbubani 1995). Im Westen wiederum kann Singapurs Selbstdarstellung als Beleg einer drohenden »gelben Gefahr« bzw. eines Zivilisationskonfliktes (Huntington) wahrgenommen und instrumentalisiert werden - etwa in der Form, daß Unternehmen und Regierungen in den westlichen Ländern von der Arbeiterschaft fordern, sich, um im internationalen Konkurrenzkampf gegen die disziplinierten, fleißigen und genügsamen ostasiatischen Arbeiter bestehen zu können, gerade in diesen Eigenschaften zu üben.

So kann die These vom konfuzianischen Kapitalismus sowohl in Singapur als auch im Westen instrumentalisiert werden. Dies erklärt sicherlich auch einen Großteil der gegenwärtigen Hochkonjunktur dieser These. Dennoch ist sie als Erklärungsmuster für den wirtschaftlichen Erfolg Singapurs und Ostasiens ohne Bedeutung. Die traditionell konfuzianische Kultur kann nicht *post festum* als Geheimnis des ostasiatischen Entwicklungserfolges hingestellt werden, ebensowenig wie sie als *ultima ratio* für den Entwicklungsmißerfolg dieser Gesellschaften bis in die fünfziger Jahren verantwortlich gemacht werden kann.

Literatur

- Awanohara, Susumu (1987): A plea for openness, in: *Far Eastern Economic Review*, 2.7.1987, S.29.
- Balakrishnan, N. (1991): Concern over government's efforts to boost Mandarin forked tongues, in: *Far Eastern Economic Review*, 24.1.1991, S.19-20.
- ders. (1992): Fear of English, in: *Far Eastern Economic Review*, 19.11.1992, S.28.
- Ball, William M. (1964): *Nationalism and Communism in East Asia*, Melbourne.
- Bellows, Thomas J. (1970): *The People's Action Party of Singapore: Emergency of a Dominant Party System*, New Haven.
- Berger, Peter L. (1987): *The Capitalist Revolution*, Aldershot.
- Chan, H.C./Evers, H.-D. (1973): Nation-Building and National Identity in Southeast Asia, in: Eisenstadt, S.N./Rokkan, S. (Hg.) *Building States and Nations: Analysis by Region*, Vol. II, S.301-319.
- Chua, Beng-Huat (1992): »Konfuzianisierung« in der Modernisierung Singapurs, in: Matthes, J. (Hg.), *Zwischen den Kulturen. Soziale Welt*, Sonderheft 8, Göttingen, S.248-269.
- Dauth, Jürgen (1981): Singapur - ein Modell für die Dritte Welt? Kapitalismus in der sozialistischen Republik, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 19, S.21-33.
- Gellner, Ernest (1994): *Conditions of Liberty: Civil society and its rivals*, Hamish Hamilton.
- Haubold, Erhard (1986): Regieren mit »himmlischem Mandat«, in: *FAZ*, 13.9.1986.
- ders. (1988): Keine Skrupel, wenn es um Erfolg geht, in: *FAZ*, 10.9.1988.
- Hehn, Jochen (1988): Im Gespräch Lee Kuan Yew, in: *Die Welt*, 29.3.1988.
- Heidt, Erhard U. (1993): *Nation, Ethnizität und Kultur: Die politische Konstruktion der Wirklichkeit im modernen Singapur*, Bielefeld.
- Hofheinz, Roy Jr./Calder, Kent K. (1981): *The Eastasia Edge*, New York.
- Holloway, Nigel (1985): A case of privilege, in: *Far Eastern Economic Review*, 25.9.1985, S.12-13.
- ders. (1986): Power and privilege, in: *Far Eastern Economic Review*, 4.9.1986, S.12-13.

- Huntington, Samuel (1993): The Clash of Civilization, in: *Foreign Affairs*, 1993, S.22-49 u. S.187-194.
- Kim, Dae Jung (1994): Is Culture Destiny? The Myth of Asia's Anti-Democratic Values, in: *Foreign Affairs*, Nov./Dez. 1994, S.189-194.
- Lee, Eun-Jeung (1995): Von Mao zu Deng: Chinas Entwicklung zur Parteidiktatur, in: Saage 1995, S.95-112.
- dies. (1995a): Kontinuität und Wandel in der Legitimationsstrategie der Herrschaft von Park Chunghee, in: Saage 1995, S.227-242.
- dies. (1995b): Eine Herrschaftslehre aus dem Westen, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 7/95, S.853-862.
- Lee, Kuan Yew (1994): »Ich sage: Wir hängen sie auf« Interview mit Lee Kuan Yew von Mathias Naß, in: *Die Zeit* 24.2.1994, S.7.
- Leifer, Michael (1990): Triumph of the will, in: *Far Eastern Economic Review*, 15.11.1990, S.29-30.
- Luther, Hans Ulrich (1980): *Ökonomie, Klassen und Staat in Singapur*, Frankfurt/M.
- MacDonald, Hamish (1990): Bricks and babies, in: *Far Eastern Economic Review*, 6.9.1990, S.25.
- ders. (1988): Fear of the future, in: *Far Eastern Economic Review*, 19.5.1988, S.14-17.
- MacFarquhar, Roderick (1980): The post-Confucian challenge, in: *The Economist*, 9.2.1980, S.67-72.
- Mahbubani, Kishore, (1995): The Pacific Way, in: *Foreign Affairs*, Vol. 74 No.1, S.100-111.
- Malik, Michael (1987): PAP's teamwork, in: *Far Eastern Economic Review*, 10.12.1987, S.14-15.
- Möllers, Wolfgang (1987): Eine Falschaussage und ihre politischen Folgen, in: *Das Parlament*, 31.1.87.
- ders. (1988): PAP-Wahlsieg: Reine Formsache, in: *Das Parlament*, 21.10.1988.
- Naß, Mathias (1988): Die Angst des alten Mannes, in: *Die Zeit*, 23.6.1988, S.5.
- Pan, Lynn (1989): Playing the Identity Card, in: *Far Eastern Economic Review*, 9.2.1989, S.30-32.
- Pascha, Werner (1990): Dritte Welt im Aufbruch: Ostasiatische Schwellenländer als neue weltwirtschaftliche Entwicklungspole? in: Cassel, Dieter (Hg.), *Wirtschaftssysteme im Umbruch*, München 1990, S.92-119.
- Quah, Jon S.T. (1985): Singapore in 1984. Leadership Transition in an Election Year, in: *Asian Survey*, 1985, S.220-231.
- Reddies, Bernd (1994): Singapur, in: Nohlen, Dieter/ Nuscheler, Franz (Hg.), *Handbuch der Dritten Welt*, Bd.7, Bonn 1994, S.505-527.
- Rieger, Hans Christoph (1988): Zwischen Staatslenkung und Marktwirtschaft. Das Beispiel Singapur, in: *Asien*, 1988 Nr. 29, S.39-58.
- Roy, Denny (1994): Singapore, China, and the »soft authoritarian« challenge, in: *Asian Survey*, 1994, S.231-242.
- Saage, Richard (Hg.) (1995): *Das Scheitern diktatorischer Legitimationsmuster und die Zukunftsfähigkeit der Demokratie*, Berlin.
- Scharlau, Winfried (1984): Modell der Hoffnung, in: *Die Zeit*, 10.8.84.
- Scott, Margaret (1988): Delving in the mud, in: *Far Eastern Economic Review*, 14.6.1988, S.37-38.
- Tu, Wei-Ming (1990): Der industrielle Aufstieg Ostasiens aus konfuzianischer Sicht, in: Krieger, S./Trauzettel, R. (Hg.), *Konfuzianismus und die Modernisierung Chinas*, Mainz 1990, S.41-56.
- Vogel, Ezra E. (1979): *Japan as Number One: Lesson for America*, Cambridge, Mass.
- Yeo, Kim Wah, (1973): *Political Development in Singapore 1945-1955*, Singapur.
- Zakaria, Fareed (1994): Culture is Destiny. A Conversation with Lee Kuan Yew, in: *Foreign Affairs*, Vol.73, S.109-126.